

Jörg Päller
Md Gemeinderat Ilsede
für die Linke

Dreschereistr. 7
31246 Adenstedt
05172 412672

Gemeinderat Ilsede

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Vorsitzender des Gemeinderates.

Ich bitte Sie, zum nächsten Gemeinderat den folgenden Tagesordnungspunkt mitaufzunehmen:

TOP xy: Aussprache über den Weiterbetrieb des Ordnungsdienstes des ruhenden Verkehrs

Der Grund ist, dass wir nun nach über einem Jahr Erfahrungswerte dieses Gemeindebereiches haben, und somit einmal bilanziell über Nutzen, Kosten und bürgerliche Verträglichkeit diskutieren sollten. Insbesondere, da dieser Bereich neben den Einnahmen aus den Leistungen der freiwilligen Ausgaben besteht.

Diesbezüglich wünschte ich mir durch den Kämmerer gerne einführende Worte einer Einnahme/Ausgaben-Rechnung - sprich, was kosten uns Personal, Material und Aufwand? Was bringt es?

Gerne auch getrennt nach Ilsede und Gesamt.

Als zweites wünschte ich mir durch den Bürgermeister gerne eine Darstellung, wo (durch diese Maßnahme) eine menschliche, Sicherheits- oder andere Verbesserung des Gemeindelebens erreicht wurde.

Zum dritten würde ich mir wünschen, daß diese Verwaltungsangestellten sich einmal beim Rat vorstellen, und uns grob einmal eine differenzierte Aufstellung der durch sie aufgenommenen Vergehen darstellen, und zu welchem Prozentsatz sie den Maximalsatz (sprich 55€) einer Bestrafung verteilten, und wann sie davon nach Ermessen abwichen. Für mich wäre es aber auch interessant, wieviel Prozent unserer Bürger nicht freiwillig dem Bescheid folgten.

Begründung:

In meinem Erfahrungshorizont sind die Ordnungskräfte des ruhenden Verkehrs, bzw. deren Tätigkeit ein steter Quell der Erzzürnis. In meinem kompletten privaten und politischen Umfeld habe ich noch keine positive Rückwirkung erfahren dürfen.

Sollte sich hier zusätzlich ein finanzielles Fiasko ergeben, wäre diese Maßnahme im Bereich der freiwilligen Ausgaben in meinen Augen auch fortan in Frage zu stellen.

Wir leben hier überwiegend im ländlichen Bereich, und hier haben sich über die Jahre Mechanismen etabliert, die gesetzgeberisch nicht gedeckt, aber verfahrenstechnisch als sinnvoll erwiesen haben, und somit vom vorherigen Aufsichtsverantwortlichen, der Polizei, somit auch nicht verfolgt wurden. Dieses hat sich aus monetären und Leistungs-Anforderungs-Gründen verändert.

Dadurch ergibt sich vielleicht auch die Frage, der Leistungs-Katalog-Anforderungen der fortan so volkstümlich Politessen genannten Verwaltungsangestellten .

Ich selber muß zudem auch statuieren, dass alle mir bekannten Maßnahmen dieser Politessen nicht zu **mehr** Sicherheit im Straßenverkehr führten, sondern meiner Meinung nach eher das Straßenverkehrsgeschehen verschärfen.

So mag ich zur Erläuterung beispielhaft kurz meinen eigenen Fall schildern: In Fortsetzung einer Parkzone vor und nach meinem Grundstück befindet sich eine Einfahrtzone auf mein Grundstück. Diese gehört ganz klar der Gemeinde, und ist ganz klar nicht als Parkzone ausgewiesen. Meine Frau ist behindert, ist schwer zu Fuß unterwegs, und so nutzte ich diese Zone über die Jahre, weil dieses meiner Frau die Wege verkürzen half. Durch das Verwehren der Nutzung durch diese Politessen genannten Angestellten bin ich (beispielhaft für viele andere) gezwungen nun auf der Straße ordnungsgemäß zu halten oder zu parken. Dieses bedingt mehr (zulässig geparkte) Fahrzeuge im bewegten Verkehrsbereich, somit zusätzliche Einschränkungen, und dadurch mehr unübersichtliche Bereiche bzw. Hindernisse und Unübersichtlichkeit im bewegten Verkehrsraum.

Zudem ist bei mir dadurch ein Ausstieg in den ungefährlichen unbewegten Bereich nicht mehr möglich, und ich muß teilweise gefährlich mich in den bewegten, somit gefährdenden Bereich des Straßenverkehrs bewegen.

Wohlgemerkt, ich störte zuvor NIEMANDEN. Nun muß ich. Da ich meine behinderte Frau zudem weiterhin politessenwidrig hausnah sicher aussteigen lasse, erfordert ein mehrmalig tägliches Umparken einen erhöhten zusätzlichen CO2 Ausstoß, und weitere Emissionen.

Hier bin ich nicht einzig, ich habe nun etliche Bekannte, denen zuvor sicheres Parken auf einem Seitenstreifen verwehrt wurde, die genauso als nun Straßenverkehrsgefährdende handeln müssen. Und das sind weit mehr als 2 Hände voll.

Ironischerweise werden diese nun laut PAZ weiterhin von den als Politessen bezeichneten Verwaltungs(fach?)angestellten belangt, den Straßenraum zu verengen (sic!). Ganz echt, ich sehe keinen Fall, wo hier ein Einschreiten der Politessen etwas verbesserte.

Auch ein sportliches Veranstaltungsgeschehen im vermeintlichen Parkraum zu Belangen, zählt für mich eher zu einem schlechten Vorbild, ein soziales Erlebniss zu ermöglichen.

Eine Diskussion und vor allem Reflektion über diese Maßnahme halte ich somit für mehr als nötig

mit freundlichen Grüßen,

joerch paeller